

PRESSEINFORMATION

Kiel, d. 16.05.2002

Silke Hinrichsen

Es gilt das gesprochene Wort

TOP 37 Bekämpfung der Fremdenfeindlichkeit (Drs. 15/1793)

Wenn wir darüber debattieren, wie wir dem Hass gegen das Fremde begegnen sollen, dann hat das immer noch einen konkreten Hintergrund. Der Sommer des Jahres 2000 mit dem Bombenanschlag von Düsseldorf war ein Fanal. Er hat uns alle dazu bewogen, mehr gegen Fremdenfeindlichkeit und Rechtsradikalismus tun zu wollen.

Die Vorbeugung von Extremismus, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt setzt früh an und umfasst nahezu alle Lebensbereiche. Wenn wir die Politik der Landesregierung beurteilen sollen, dann ist es aber entscheidend, was seit dem Sommer 2000 bewusst gegen Rechts unternommen wurde. Nach diesem Maßstab würde der Bericht der Landesregierung um einiges dünner ausfallen. Denn Maßnahmen wie die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen, die LSE, oder die kulturelle Förderung der Sinti & Roma hätten hoffentlich auch ohne Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus stattgefunden.

Wir erkennen an, dass die Regierung sich in den verschiedenen Ressorts mit den Problemen auseinander gesetzt und gute Maßnahmen ergriffen hat. Allerdings fehlt ein wesentlicher Bereich gänzlich: Der Bericht macht deutlich, dass man so gut wie ausschließlich auf die Vorbeugung bei Kindern und Jugendlichen und die Strafverfolgung von Rechtsextremen setzt. Eine Auseinandersetzung mit der Fremdenfeindlichkeit bei Erwachsenen findet kaum statt. Sie sind allenfalls die Zielgruppe, wenn es um historische Ausstellungen oder Strafverfolgung geht.

Diese Schwäche in der Politik spiegelt sich auch im Bericht wider. Gleich auf den ersten Seiten fällt auf: Die Bilanz der Staatskanzlei fällt ziemlich schmal aus, obwohl fast jede Pressemittlung einzeln erwähnt wird. Es reicht nicht aus, darauf zu verweisen, dass die Ministerpräsidentin und das Kabinett

in öffentliche Reden Passagen zur Fremdenfeindlichkeit aufnehmen. Frau Simonis hat mit ihrem Engagement für ein „Gesellschaftliches Bündnis gegen Rechts“ ja selbst anerkannt, dass in der Staatskanzlei eine besondere, übergreifende Verantwortung liegt. Diese Verantwortung hat sich aber offensichtlich auf den Sommer 2000 beschränkt, denn die Bilanz des Bündnisses fällt zu mager aus.

Zugegeben: Der Schüleraktionstag im Januar 2001 war ein wertvoller Beitrag. Die Aktionswoche im letzten Herbst gab den verschiedenen Teilnehmern des Bündnisses eine Plattform, um gegen Fremdenfeindlichkeit Flagge zu zeigen. Und auch das Mahnmal in Oldenswort war ein guter Gedanke. Aber das war's? Das ist zu wenig. Das Bündnis hätte immer wieder durch Worte und Taten das Signal senden müssen, dass die großen gesellschaftlichen Gruppen in dieser Frage an einem Strang ziehen - dass sie entschlossen und geschlossen die Fremdenfeindlichkeit und die Gewalt bekämpfen. Das blieb aus.

Es hat eine Ideenbörse des Bündnisses gegeben. Der SSW hat seinen bescheidenen Beitrag zu dieser Börse geleistet – und nie eine Antwort erhalten. Wir haben darauf hingewiesen, dass man in Dänemark sogenannte Stafetten-Konferenzen durchgeführt hat. Auf diesen Konferenzen nahmen jedes Jahr neue Institutionen, Organisationen und Unternehmen den gesellschaftlichen Auftrag entgegen, in ihrem Wirkungsbereich etwas gegen die Fremdenfeindlichkeit zu tun. Nach einem Jahr erstatten sie dann Bericht. So etwas wäre auch für Schleswig-Holstein gut. Wir haben deshalb auf die Konferenzen aufmerksam gemacht, Einladungen weiter geleitet und sogar sprachliche Assistenz angeboten. Keine Reaktion. Der SSW hat auch angeregt, dass das Bündnis die Argumente der Fremdenfeinde offen aufgreift und sich damit seriös auseinandersetzt. Dass man öffentlichkeitswirksam die Mythen über schmarotzende Ausländer mit Fakten widerlegt. Auch darauf haben wir nie eine Antwort bekommen. Wir müssen uns aber endlich ernsthaft und sachlich mit den Erwachsenen auseinander setzen, die bereits fremdenfeindlich denken.

Gegenwärtig sind überall in Europa Rechtspopulisten auf dem Vormarsch. Wer sehen will, wie so etwas aussieht, werfe einen Blick über die nördliche Grenze – oder verfolge jetzt die Berichterstattung nach der niederländischen Parlamentswahl. Es wird Zeit, dass wir uns zusammentun und herausfinden, wie wir gemeinsam diesen Feinden der pluralistischen Demokratie den Wind aus den Segeln nehmen. Wenn wir erst hier im Landtag rechtspopulistische Kollegen sitzen haben – welche, die sich schlauer anstellen als die unglücklichen Gestalten von der DLVH – dann ist es zu spät.